

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 07.11.2024
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:30 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Johannes Hucke	

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Carsten Schaadt	
Norbert Plum	
Christoph Allemand	
Harald Baal	
Ellen Begolli	Vertretung für: Marc Beus
Gaby Breuer	
Achim Ferrari	
Wilhelm Helg	
Henning Nießen	
Wolfgang Palm	
Brigitte Roth	
Marcel Triebels	
Maria Dörter	
Jan Frieders	
Alexander Gilson	
Ernst-Rudolf Kühn	
Claus Haase	Vertretung für: Tobias Küppers
Julia Rejf	Vertretung für: Ralf Demmer

Schriftführung

Name	Bemerkung
Sabine Vohn	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name

Marc Beus
Tobias Küppers
Ralf Demmer

Bemerkung

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Gäste:

Christoph Klanten, Büro rha
Prof. Dr.-Ing. Frank Lohrberg, RWTH Aachen
Dr.-Ing. Ayça Sancar, RWTH Aachen

zu TOP I/5
zu TOP I/3
zu TOP I/3

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.08.2024 und 26.09.2024, öffentlicher Teil	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.08.2024, öffentlicher Teil	FB 68/0126/WP18
3	Profilbereich Build und Lived Environment an der RWTH Aachen Es wird mündlich berichtet.	
4	Perspektive Richterich: Bericht über den Leitbildprozess und weiteres Vorgehen (Ergänzungsvorlage)	FB 61/1018/WP18-1
5	AACHEN Kompass Erprobungsphase: Betrachtungsraum Richterich (2. Fläche – Sachstandsbericht)	FB 61/1031/WP18
6	Bebauungsplan Nr. 1009 - Haaren Ortsmitte / Stadthäuser - Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a (3) BauGB - Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Behörden gemäß § 4a (3) BauGB - Empfehlung zum Satzungsbeschluss	FB 61/1035/WP18
7	Bebauungsplan gemäß § 13 a BauGB Nr. 1014 - Rathausstraße/Schurzelter Mühle; hier: Sachstandsbericht und Entscheidung über die weitere Vorgehensweise	FB 61/1034/WP18
8	Fortschreibung des Wasserversorgungskonzeptes der Stadt Aachen	FB 60/0152/WP18
9	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.08.2024 und 26.09.2024, öffentlicher Teil

Zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.08.2024, öffentlicher Teil ungeändert beschlossen FB 68/0126/WP18

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 29.08.2024, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einer Enthaltung wegen Nichtanwesenheit

Zu 3 Profilbereich Build und Lived Environment an der RWTH Aachen zur Kenntnis genommen

Herr Prof. Dr. Lohrberg und Frau Dr. Sancar stellen den Profilbereich Build and Lived Environment an der RWTH Aachen vor und erläutern insbesondere die Fokusprojekte gemeinsam mit der Stadt Aachen. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Herr Hucke bedankt sich im Namen des Ausschusses und betont die Bedeutung dieser Vernetzung zwischen RWTH, Politik und Verwaltung. Mit den Fokusprojekten könne es gelingen, mittels angewandter Forschung positive Effekte auch für die Belebung der Innenstadt zu erzielen und durch die weitere Qualifizierung des Innenstadt-Campus eine gute Perspektive für einen gesamtstädtischen Mehrwert zu entwickeln.

Auch Frau Burgdorff bedankt sich bei den Vortragenden. Mit dem Profilbereich und den gemeinsamen Projekten eröffneten sich große Chancen sowohl für Stadt als auch für RWTH. Auch bei teils unterschiedlichen Interessenslagen könne man zum beiderseitigen Vorteil viel voneinander lernen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu 4 Perspektive Richterich: Bericht über den Leitbildprozess und weiteres Vorgehen (Ergänzungsvorlage) geändert beschlossen FB 61/1018/WP18-1

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Plum, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung so nicht zustimmen könne. Zum einen halte man den Planungsausschuss nicht in allen aufgeführten Projekten für beschlusszuständig, zum anderen sehe man aber auch erhebliche Probleme bei der Umsetzbarkeit. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen hätten insgesamt einen Kostenrahmen bei einem 3-stelligen Millionenbetrag; für eine tatsächliche Realisierung müsste ein solches Budget in den Haushaltsberatungen eingebracht werden. Eine

konkrete zeitliche Umsetzungsperspektive fehle aber ebenso wie eine maßnahmenbezogene differenzierte Kostenaussage, zudem seien nicht alle Wünsche erfüllbar. Man halte es daher für erforderlich, dass die Verwaltung eine Priorisierung vornehme und die Projekte mit Zeit- und Kostenplanung in die jeweils zuständigen Gremien einbringe.

Für die CDU-Fraktion weist Herr Baal darauf hin, dass in Verwaltung und Bezirk bereits viel Arbeit geleistet worden sei, diesen Prozess wolle man positiv begleiten. Es sei selbstverständlich, dass die Projekte hinsichtlich der Zeitachsen sortiert werden müssten, dabei spielten Aspekte wie Förderschienen, Bedarfsträgerschaften, notwendige Mitwirkungen von Dritten und natürlich auch die finanziellen Möglichkeiten innerhalb des städtischen Haushalts eine Rolle. Diese Aufgabe sei durchaus herausfordernd, denn man diskutiere hier über ein 15-Jahre-Programm, und sicherlich benötige man Geduld für die Umsetzung. Man halte es aber für richtig, nun wie von der Verwaltung vorgeschlagen damit zu beginnen.

Herr Gilson plädiert dafür, das große Engagement bei allen Beteiligten zu würdigen und die positive Resonanz aus der Bürgerschaft und den anderen Gremien aufzugreifen. Zeitliche und finanzielle Aspekte könnten dann ebenso wie weitere fachliche Fragestellung in den jeweiligen Fachausschüssen vertieft werden.

Für die Fraktion der Grünen nimmt Frau Dörter Bezug auf die schon erfolgten Beratungen, in denen eine Priorisierung der Maßnahmen durch die Verwaltung eingefordert worden war. Dieser Forderung komme die Vorlage zwar im Wesentlichen nach, sie sei aber immer noch sehr weit gefasst. Hier werde ein sehr großes Maßnahmenpaket definiert, welches weder zeitlich noch kostenmäßig ausdifferenziert werde. Ein solches Budget könne sicherlich nicht im Haushalt 2025 untergebracht werden; man halte es für erforderlich, das Gesamtprogramm auf einem Zeitstrahl darzustellen und zu klären, wann welches Projekt in eine Umsetzung gehen könnte. Selbstverständlich seien dazu im Einzelfall dann auch konkrete Beschlüsse der jeweiligen Bedarfsträgerausschüsse erforderlich. Wenn man diesen Vorbehalt in den Beschluss einfließen lassen könne, könne man sich eine Zustimmung heute allerdings durchaus vorstellen.

Als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe bittet Herr Blümer darum, bei den Planungen zum Bahnhof gemeinsam mit der DB zu prüfen, ob ein Aufzug installiert werden kann, um den Zugang für mobilitätseingeschränkte Personen zu erleichtern.

Herr Huckle sieht es als Aufgabe der Perspektive an, eine Zusammenschau aller Prozesse und Projekte und damit einen Überblick zu liefern. Etliche Projekte seien schon in Arbeit, bei anderen bestehe akuter Handlungsbedarf. Mit der heutigen Beschlussfassung könne die Verwaltung die anstehenden Aufgaben weiter abarbeiten. Damit eine solche Beschlussfassung allen Fraktionen ermöglicht werde, schlägt er vor, den konkreten Auftrag zur Einplanung in den Haushalt hier zu streichen. Dies werde die Verwaltung ohnehin entsprechend des Projektfortschritts und der finanziellen Möglichkeiten aus eigener Verantwortung tun.

Herr Plum spricht sich gegen dieses Vorgehen aus. Eine Beschlussfassung erfordere aus seiner Sicht eine konkrete Reihenfolge und eine Kostenübersicht. Man halte für sinnvoll, die Verwaltung mit der Erstellung zu beauftragen und dann auf dieser Grundlage zu beschließen.

Für die Fraktion Die Linke lobt Frau Begolli den bisherigen Prozess und appelliert an die Fraktionen im Ausschuss, sich jetzt gemeinsam zu den Ergebnissen zu bekennen und einen Beschluss zu fassen, damit weiter gearbeitet werden könne. Die Realisierung der einzelnen Maßnahmen werde über eine erhebliche Zeitspanne hin erfolgen und jeweils auch konkrete Umsetzungsbeschlüsse in den zuständigen Gremien erfordern. In diesem Rahmen müsse man sich dann auch mit Planungsdetails, Zeitachsen und Kosten beschäftigen. Jetzt die Beschlussfassung zurückzustellen, um Kostenschätzungen auf Basis des heutigen Kenntnisstands zu erarbeiten zu lassen, verursache lediglich einen Aufwand bei der Verwaltung, der jedoch keinen Erkenntnisgewinn bringe.

Als Vertreter der AfD wendet sich Herr Palm gegen eine Beschlussfassung auf Basis der vorliegenden Beratungsunterlagen. Zumindest eine Priorisierung und eine Kategorisierung in kurz-, mittel- und langfristig sei sinnvoll und notwendig.

Herr Kehr versichert, dass es nicht in der Absicht des Bezirks läge, den Haushalt mit Richterlicher Maßnahmen zu überfrachten. Bestimmte Projekte seien dringlich, wie beispielsweise die Feuerwache und die Ortsmitte, andere

Vorhaben seien hingegen schwierig zu priorisieren. Eine Beschlussfassung der Fachausschüsse verhindere, dass dabei falsche Vorgaben entstünden.

Herr Schaadt spricht sich dafür aus, heute ein klares Bekenntnis zu den Maßnahmen abzugeben und die Weiterbearbeitung zu ermöglichen, die Verwaltung aber mit der Vertiefung der Aspekte Reihenfolge/ Zeitachse/ Kosten/ Zuständigkeiten zu beauftragen.

Nach einer ausführlichen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Dörter, Frau Begolli, Frau Breuer sowie die Herren Plum, Baal, Gilson, Blümer, Haase, Schaadt, Palm und Kehr sowie seitens der Verwaltung Frau Burgdorff beteiligen, wird die Sitzung von 18:20 Uhr bis 18:25 Uhr unterbrochen, um eine Beratung in bzw. zwischen den Fraktionen zu ermöglichen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beantragt Herr Schaadt eine geänderte Beschlussfassung und trägt hierzu einen Vorschlag vor.

Der Vorsitzende lässt über diesen Vorschlag abstimmen. Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt **vorbehaltlich der Zuständigkeit** die anstehenden „Projekte in Arbeit“

- Nr. 2: Umbau der Grundschule in Richterich
- Nr. 4: Modernisierung Schloss Schönau und Parkanlage
- Nr. 5: AWO-Zentrum für Pflege, Betreuung, Begegnung
- Nr. 10: Neubau eines Recyclinghofs für den Aachener Nordraum
- Nr. 11: Neubau einer Feuer- und Rettungswache
- Nr. 20: Wanderwegenetz Richterich
- Nr. 21: Windenergieflächenplanung

sowie „anstehende Projekte mit aktuellem Handlungsbedarf“

- Nr. 1: Entwicklung der Ortsmitte in Alt-Richterich
- Nr. 6: Neubau einer Kita (Standortsuche)
- Nr. 8: Städtebauliche Entwicklung in der Richtericher Dell
- Nr. 9: Neuordnung des Areals Roermonder Straße / Schloss-Schönau-Straße
- Nr. 12: Zusammenlegung der Baubetriebshöfe

entsprechend der Empfehlung der Verwaltung weiter zu bearbeiten **und in weiteren Vorlagen zur vertiefen. Hierbei sind die Aspekte der Zuständigkeit, der haushalterischen Auswirkungen und der zeitlichen Perspektiven zu betrachten und in die entsprechenden Ausschüsse einzubringen.**

Die beiden weiteren Projekte

- Nr. 16 Fußgängertunnel am Roder Weg
- Nr. 3: Umgestaltung des Rathausplatzes

sollen im Anschluss an die vorgenannten Projekte bearbeitet werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 5 AACHEN Kompass | Erprobungsphase: Betrachtungsraum Richterich
(2. Fläche – Sachstandsbericht)
 ungeändert beschlossen
 FB 61/1031/WP18**

Frau Lambertus erläutert die Vorlage der Verwaltung. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Für die Fraktion der Grünen dankt Frau Dörter der Verwaltung für die umfangreiche Vorstellung. Man werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen, da man die Variante „durchmischte Mitte“ für die richtige Lösung halte; die Herleitung sei nachvollziehbar. In der weiteren Bearbeitung gelte es nun, die aus den zahlreichen Projekten im Umfeld resultierenden Abhängigkeiten zu betrachten und zu berücksichtigen. Die heutige Beschlussfassung erfolge aufgrund einer noch relativ groben Skizze, die jedoch schon relativ viele Setzungen enthalte. Für die weitere Durcharbeitung bitte man darum, einzelne Bereiche wie z.B. die Schloss-Schönau-Straße nochmals detailliert in den Fokus zu nehmen.

Für die Fraktion Die Zukunft kündigt auch Herr Allemand Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung an. Man rege jedoch an, im Sinne einer „grünen durchmischten Mitte“, zur Erhöhung der Qualität zusätzlich Begrünungsmaßnahmen zu integrieren.

Für die CDU-Fraktion sieht Herr Baal in dem hier präsentierten Vorschlag ein gutes Arbeitsergebnis, das eine belastbare Grundlage für weitere Schritte biete. Dabei sei zu beachten, dass der Begriff „Grün“ hier missverständlich gebraucht werde. Durchgrünung und Klimafolgenanpassung seien heutzutage selbstverständlich in eine Planung zu integrieren.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss erläutert Frau Lambertus, dass der Bedarf nach einem Bildungs-/ Schulstandort in den Workshops geäußert worden sei. Es gebe hier keine Dringlichkeit, die Bedarfslage sei auch abhängig von anderen Entwicklungen wie beispielsweise Richterich Dell. Eine Befassung des Bedarfsträgerausschusses werde dann zu einem geeigneten Zeitpunkt erfolgen. Grundsätzlich gebe man hier mit dem Instrument des Kompass Denkanstöße, eine Qualifizierung in den nachgelagerten Planungsebenen sei in jedem Fall erforderlich.

Frau Burgdorff kündigt zeitnah eine Diskussion über den weiteren Einsatz und die Ausrichtung des Instruments an. Es gelte, einen Anspruch zwischen Flächennutzungsplan und Städtebau zu erfüllen und dabei weder zu allgemein zu bleiben, noch zu früh zu viele Festlegungen zu treffen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die bisherigen Ergebnisse des AACHEN Kompass für den Betrachtungsraum Aachen-Richterich zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der Vorberatungen im Verwaltungsvorstand und des Empfehlungsbeschlusses der Bezirksvertretung Aachen-Richterich, das Szenario "Die durchmischte Mitte" in den nachgelagerten Arbeitsphasen vertiefend zu bearbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 6 Bebauungsplan Nr. 1009 - Haaren Ortsmitte / Stadthäuser
- Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a (3) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Behörden gemäß § 4a (3) BauGB
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss
 ungeändert beschlossen
 FB 61/1035/WP18**

Herr Plum berichtet aus der Beratung im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss, wo es erheblichen Diskussionsbedarf und Unklarheit über die Notwendigkeit der 3. Zufahrt über das Grundstück Friedenstraße 8 gegeben

habe. In der Folge sei der Beschluss zum Konzeptverfahren zunächst verschoben worden. Für die heutige Beschlussfassung bitte man um Auskunft, ob es notwendig sei, eine 3. Zufahrt als öffentliche Erschließung festzusetzen.

Frau Steffens erläutert die Sachlage hinsichtlich der Zufahrten und betont, dass man die Lösung dieser Problematik dem Konzeptverfahren überlassen wolle. Eine Festsetzung im Bebauungsplan sei nicht erforderlich.

Frau Burgdorff stellt klar, dass auch wenn die 3. Zufahrt benötigt werde, ein Erhalt des Hauses Levy möglich sei.

Für die CDU-Fraktion signalisiert Herr Baal, dass man dem Satzungsbeschluss auf Basis der Verwaltungsvorlage zustimmen könne. Mit dem Bebauungsplan werde gutes, ortsnahe Wohnen ermöglicht, die Festsetzungen, die dazu getroffen würden, seien sparsam, aber aus seiner Sicht ausreichend. Es sei klar, dass das nördliche Cluster erschlossen werden und auch die feuerwehrtechnische Erschließung gesichert werden müsse, ansonsten sei keine Baugenehmigung möglich. Eine Standardlösung sei vielleicht nicht möglich, man sei aber zuversichtlich, dass aus dem Konzeptverfahren hierzu eine intelligente Idee entwickelt werde.

Für die Fraktion Die Linke weist Frau Begolli darauf hin, dass nach ihrer Auffassung im Konzeptverfahren nicht über einen Abriss des Hauses Levy entschieden werden könne. Das Gebäude habe eine stadthistorische Bedeutung, daher sei es wünschenswert, dass der Rat der Stadt sich vorher zu einem Erhalt positioniere. Auch unter klimapolitischen Aspekten und aus Lärmschutzgründen sei ein Abriss keine gute Lösung. Man werde daher im Rat beantragen, dass Haus Levy erhalten und saniert werden solle.

Für die Fraktion der Grünen kündigt Frau Dörter Zustimmung zum Satzungsbeschluss an. Die Debatte um das Haus Levy sei eine politische, keine planungsrechtliche. Sollte der Rat einen Beschluss zum Erhalt fassen, könne man dies als Vorgabe ins Konzeptverfahren übernehmen.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Begolli, Frau Dörter, die Herren Plum, Baal sowie seitens der Verwaltung Frau Burgdorff, Frau Steffens und Herr Kemperdick beteiligen, stellt Herr Hucke fest, dass eine politische Diskussion um Abriss, Teilabriss oder Erhalt des Hauses Levy im Rat geführt werden müsse.

Auf Grundlage des Beschlussvorschlages der Verwaltung fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der erneuten öffentlichen Auslegung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit zur erneuten öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen und den Bebauungsplan Nr. 1009 - Haaren Ortsmitte / Stadthäuser - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 7 Bebauungsplan gemäß § 13 a BauGB Nr. 1014 - Rathausstraße/Schurzelter Mühle; hier:
Sachstandsbericht und Entscheidung über die weitere Vorgehensweise
ungeändert beschlossen
FB 61/1034/WP18**

Für die CDU-Fraktion dankt Herr Gilson der Verwaltung für den langen Atem bei der Bearbeitung dieses Projekts. Mit der jetzt vorgelegten Planung sei eine deutliche Verbesserung für die Anwohnerschaft verbunden, zudem werde der lange bestehende Wunsch nach einem zentralen Marktplatz aufgegriffen. Man unterstütze die Variante B, die eine pragmatische, aber auch ästhetische Lösung anbiete. Einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss habe auch die Bezirksvertretung einstimmig gefasst.

Für die Fraktion der Grünen äußert auch Frau Dörter Zustimmung zu den Grundprinzipien der vorgestellten Planung. Der Bebauungsplan lasse ausreichend Raum für eine Konzeptverfahren, wobei man hier die Qualitätssicherung im Auge halten müsse. Schwerpunkt dieser Planung solle allerdings das klimaneutrale Wohnen sein; dies sei ein hohes Ziel mit großer Bedeutung. Man halte es für sinnvoll, dazu Mindestanforderungen festzulegen und im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss entsprechende Kriterien zu beschließen. Man bitte dazu um einen Sachstandsbericht vor der Offenlage.

Für die SPD-Fraktion signalisiert auch Herr Plum Unterstützung für die Variante B. Neben den bereits erwähnten Aspekten halte man es für wichtig, dass der Bestand des Schützenvereins an diesem Standort damit gesichert werden können.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung des Bebauungsplanentwurfs auf der Grundlage der Planungsvariante B.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 8 Fortschreibung des Wasserversorgungskonzeptes der Stadt Aachen
ungeändert beschlossen
FB 60/0152/WP18**

Für die SPD-Fraktion kündigt Herr Plum Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung an. Man bitte allerdings darum, die möglichen Auswirkungen der Aufnahme des Eicher Stollens genau zu prüfen und im Auge zu halten, insbesondere im Hinblick auf mögliche Planungsabsichten für Camp Hitfeld.

Für die Fraktion der Grünen weist Herr Nießen daraufhin, dass die Ausweisung neuer Wasserschutzgebiete möglicherweise Konsequenzen für das Verfahren zur Aufstellung des neuen Landschaftsplans haben könne.

Frau Burgdorff sagt zu, diesen Aspekt nochmals prüfen zu lassen.

Herr Hucke regt an, diese Information zum Beschluss in der Ratssitzung am 04.12.2024 vorzulegen.

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat der Stadt, die in der Anlage beigefügte Fortschreibung des Wasserversorgungskonzeptes der Stadt Aachen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 9 Mitteilungen der Verwaltung
zur Kenntnis genommen**

Es wird zu folgenden Themen/ Projekten berichtet:

- Regionalplan, weiteres Vorgehen
- Nutzung von Städtebauförderung für den Erhalt kommunaler Denkmäler
- Veranstaltung stadt.gestalten

Johannes Hucke
Ausschussvorsitzender

Sabine Vohn
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin